

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1952

59 (11.3.1952)

NEUESTE NACHRICHTEN

Neue Deutschlandnote der Sowjets

Moskau (AP). Der stellvertretende sowjetische Außenminister Andrej Gromyko hat am Montagabend in den Kreml gerufenen diplomatischen Vertretern der drei Westmächte bedeutsame Noten über das Deutschlandproblem überreicht.

Die Botschaften lehnten es bisher ab, Einzelheiten über den Inhalt der Noten bekanntzugeben. Es erscheint sicher, daß die sowjetischen Noten Vorschläge für den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und für die Wiederherstellung der deutschen Einheit enthalten. Höchstwahrscheinlich wird in ihnen eine Viermächtebesprechung über das Deutschlandproblem in naher Zukunft vorgeschlagen.

Zugunglück durch Sabotage — 85 Tote

Selangor (AP). Fünfzehn Kleinbahnwagen stürzten infolge Sabotage am Montag 50 km nordwestlich von Penang in eine Schlucht, 85 Personen, alles Einwohner der indonesischen Staaten Komodocha und Vietnam, wurden getötet, 23 weitere verletzt.

Schuman soll Außenminister bleiben

Pinay reduziert Kabinettsposten von 40 auf 22

Paris (AP/dpa). Der französische Ministerpräsident Antoine Pinay hat am Samstagvormittag aus 17 Politikern der Mittel- und Rechtsparteien und unabhängiger Gruppen das 28. Nachkriegskabinett Frankreichs gebildet. Die Ministerliste muß am Dienstag noch von der Nationalversammlung gebilligt werden.

Neben dem Posten des Kabinettschefs übernimmt Pinay (Unabhängiger Republikaner) die Aufgaben des Finanz- und Wirtschaftsministers. Der Volkspublizist Robert Schuman behält den Posten des Außenministers, den er bereits seit seinem Rücktritt als Ministerpräsident im Juli 1948 inne hat. Seine Partei habe im Interesse einer kontinuierlichen Außenpolitik auf Schuman als Außenminister bestanden. Verteidigungsminister soll der frühere Ministerpräsident René Pleven an Stelle des auf der NATO-Konferenz erkrankten Georges Bidault, und stellvertretender Kabinettschef Henri Queuille (Radikalsocialist) werden. Der Regierung gehören keine Sozialisten und Kommunisten und auch keine gaullistischen Politiker an. Zwar gelang es Pinay nicht, das von ihm gewünschte kleine Kabinett von zehn oder zwölf Fachministern zu bilden, doch reduzierte er die Zahl der Kabinettsposten immerhin von 40 auf 22.

Die Sitzverteilung in Stuttgart

Nach der am Stuttgart vorliegenden letzten Meldung verteilten sich die Mandate in der am Sonntag gewählten Verfassunggebenden Landesversammlung des neuen Süddeutschen folgendermaßen:

CDU (FDP) 23. Davon aus Württemberg-Baden 21, aus Südbaden 14 und Württemberg-Hohenzollern 12.

SPD 13. Davon aus Württemberg-Baden 25, aus Südbaden 8, Württemberg-Hohenzollern 5.

DYP (FDP) 23. Davon aus Württemberg-Baden 15, aus Baden und Württemberg-Hohenzollern je 4.

BHE & aus Württemberg-Baden 5 und 1 aus Württemberg-Hohenzollern.

KPD 4, alle aus Württemberg-Baden.

Die restlichen vier Parteien, darunter die SRP und die Badische Zentrumspartei, die sich zum erstmaligen im süddeutschen Raum den Wählern stellen, kamen über die 5 Prozentklausel zu Fall.

Gegenüber der in einem Teil der Auflage unserer gestrigen Nummer mitgeteilten Mandatsverteilung erfolgte eine Verschiebung der Sitze zu Lasten der CDU, der DYP (FDP) und des BHE. Die diesen Parteien abgesprochenen vier Mandate wurden der KPD zugewiesen, die im Wahlkreis Karlsruhe über 6½ der abgegebenen Stimmen kam und deshalb bedacht werden mußte.

Neues in Kürze

Das schwedische Königspaar traf am Montag zu einem dreitägigen Besuch in Oslo ein. Zum erstenmal seit 43 Jahren ist die Krönung der schwedisch-norwegischen Personalunion) hat damit wieder ein schwedischer König norwegischen Boden betreten. (dpa)

Der griechische Ministerpräsident General Plastiras ist an einer teilweise Lähmung, verursacht durch einen Gehirnanfall, ernstlich erkrankt. (AP)

Der rumänische Finanzminister Vasile Luca ist seines Amtes enthoben worden. Luca gilt als einer der maßgebendsten Kommunisten Rumäniens. (dpa)

Eine japanische Mission, die in Bonn die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Japan einleiten will, ist in Rom eingetroffen. (AP)

Bundeskanzler Dr. Adenauer wird heute nachmittags im Hotel Dresden, dem Amtssitz des französischen Hohen Kommissars, eine neue Zusammenkunft mit den Hohen Kommissaren haben.

Von Bonn aus: Ergebnis ein Erfolg für Adenauer

Kommentare zu dem Wahlausgang — Der Bundeskanzler: „Ausgezeichnet“

Drahtbericht unseres Bonner Dr. A.R.-Redaktionsmitglieds

Bonn. — Der Ausgang der Wahl in Südwestdeutschland wurde von Dr. Adenauer gestern als ausgezeichnet und die Erwartung der größten Optimisten noch übertreffend bezeichnet. Die CDU-Bundestagsfraktion hebt in einer Erklärung hervor, daß zwei Drittel der Wähler ihre Stimmen den Parteien gegeben haben, die auf der innen- und außenpolitischen Linie des Bundeskanzlers stünden und daß der Kanzler durch die Bevölkerung des deutschen Südwestens legitimiert worden sei, seine Politik unberrührt fortzusetzen.

Diese Stärkung der Stellung des Kanzlers im Bundestag durch die psychologischen Auswirkungen dieser Wahl vor vergangenes Sonntag ist in Bonn unverkennbar.

Eine sozialdemokratische Erklärung zu dem Wahlausgang stellt allerdings fest, daß dieser

Wahlausgang der Neuwahlforderung der SPD nicht von ihrem politischen Gewicht nehme und diese Forderung aufrechterhalten bleibe. Denn die Wähler der Bonner Koalitionsparteien seien den großen außenpolitischen Auseinandersetzungen, insbesondere über die Adenauerische Remilitarisierungspolitik, aus dem Wege gegangen und es wäre falsch, wenn die Bundesregierung in dieser Wahl eine Rechtfertigung ihrer Remilitarisierungspolitik sehen würde. Die SPD befragt sich darauf, daß sie mehr als 100 000 Stimmen gewonnen habe und die einzige Partei in allen Bezirken Erfolge erreicht habe, obwohl die katholische Kirche ihre Machtstellung in dieser Wahl herabmispelte im Sinne einer einseitigen Beeinflussung zugunsten der CDU ausgedrückt habe.

Die CDU aber unterstreicht, daß mit einem Zuwachs von 120 000 Stimmen Nordbaden und Nordwürttemberg ihre Verluste bei der letzten

Landtagswahl fast aufgeholt haben und daß die Mehrheit der Wählerschaft die Politik der Bundesregierung bejahet habe. Von Seiten der CDU wird vor allem hervorgehoben, daß gerade die Sozialdemokratische Partei vor der Wahl das Wahlergebnis als eine Vorentscheidung über die Adenauerpolitik bezeichnet habe und die SPD nunmehr diese Entscheidung auch dann anerkennen müsse, wenn sie nicht in dem von ihr gewünschten Sinne ausgefallen sei.

Auch die FDP nennt diese Wahl eine schwere Enttäuschung für die SPD, denn die von ihnen selbst so genannte Vorentscheidung gegen die Bonner Koalition ist zugunsten der Bundesopposition ausgefallen, und die Sozialdemokratische Partei habe in dem von ihr mitregierten Nordbaden und Nordwürttemberg einen Stimmrückgang zu verzeichnen.

Abgeordneter Euler, der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der FDP, wies vor allem darauf hin, daß nunmehr die Bonner Koalition von CDU und FDP auch in dem neuen Bundestag über eine sichere Mehrheit verfüge und sprach sich damit nach heftiger Auffassung für eine Regierung dieser beiden Parteien im neuen Land aus. Andere Kreise der FDP treten für eine „Große Koalition“ CDU — FDP — SPD in Stuttgart ein. (Weiteres über die Wahl siehe Seite 2.)

Vorwahl in den USA

H. R. Heute, dem 11. März, beginnt offiziell die Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten von Amerika mit den Vorwahlen (Primaries) in New Hampshire, den ersten von 14. An diesem Tagemächten die 200 000 Wahlberechtigten von New Hampshire einem der Neu-Englandstaaten der USA zuwerfen; sie wählen neben den Namen ihres bevorzugten Kandidaten auf dem demokratischen oder republikanischen Wahlschein ein Kreuz, wie wir es vorgestern taten, und wählen dann ihre Delegierten für die Parteikonvention im Juli in Chicago. New Hampshire hat acht Stimmen auf dem demokratischen und 14 auf dem republikanischen Konvent. Der mit dem Malen eines Kreuzes verbundene Vorgang wird „Schönheitskonkurrenz“ genannt; die Wahl der Delegierten für den Konvent ist weitestgehend freiwillig, weil der Präsidentschaftskandidat jeder Partei endgültig erst dort bestimmt wird.

Auf dem demokratischen Wahlschein — Esel ist Parteiwappentier — stehen Präsident Truman und Senator Kefauver. Truman war gegen seinen Willen auf die Liste gesetzt worden, hatte dann Zurücknahme seiner Kandidatur verlangt (tatsächlich handelt es sich ja nur um Überprüfung des politischen Stimmungsbaremeters) und schließlich eingewilligt. Kefauver hat sich als Vorsitzender des Ausschusses zur Bekämpfung organisierter Verbrechen einen guten Namen gemacht und hat eine ganz erfolgreiche Vorwahlkampagne hinter sich, bei der er die Korruptionskandale in Washington geschickt auswertete. Trotzdem Truman und Kefauver der gleichen Partei angehören, sind ihre politischen und persönlichen Beziehungen keineswegs harmonisch. Politiker in den USA sind in ihrem Fall vor allem auf den Ausgang der „Schönheitskonkurrenz“ neugierig; darauf wird später noch zurückzukommen sein.

Auf dem republikanischen Wahlschein — Esel ist das Wahrschild dieser Partei — der G.O.P. (Grand Old Party — der großen alten Partei) stehen General Eisenhower, Senator J. A. Taft, Exgouverneur Stassen und General MacArthur. Die wirklich interessante Entscheidung wird in dieser Partei und zwar zwischen Eisenhower und Taft fallen. Der Grund dafür liegt darin, daß die Demokraten zu wenig und zu unbekannt Kandidaten — jetzt für den Parteikonvent gemeint — haben, die Republikaner dagegen zu viel. Er liegt aber auch darin, daß Eisenhower seinen Kampf nicht selbst führt, weil er als Oberkommandierender der NATO-Streitkräfte seinen Posten in Europa nicht verlassen kann und will, und daß er politisch — vor allem innenpolitisch, was bei der Präsidentschaftswahl in den USA eine überragende Rolle spielt — nicht klar abgegrenzt ist. Die „New York Herald Tribune“, eine der größten Zeitungen des Landes, versucht zwar mit der letzten Artikelserie Eisenhower's „Beckenstein“ zur Zeit einige Lücken zu schließen. Aber der persönliche Eindruck eines Redners, in den USA sehr hoch bewertet, kann damit nicht ersetzt werden.

Die Demokraten gehen offensichtlich benachteiligt in dieses Wahljahr hinein. Außer Truman besitzen sie keinen Kandidaten, dessen Namen einen solchen Klang wie der Eisenhower's hätte oder der inneren und parteipolitisch so markant wäre wie Taft. Der Appell an die nationalen Gefühle und den Stolz der Amerikaner, der von dem Namen Eisenhower ausgeht, die Routine des Geschick und die Arbeitskraft, die persönliche Makellosigkeit, die mit dem Namen Taft verbunden sind — zwar ist nicht alles in einem Kandidaten vereinigt, aber es stehen zwei herausragende Typen des Amerikanertums zur Wahl. Truman, der viele guten, zu erhaltenden Anliegen bei den Wählermassen gefunden hat, konnte sich noch nicht für die endgültige Kandidatur entscheiden. Es ist anzunehmen, daß er im Grunde seines Amtes möchte ist, daß aber aus der Partei heraus ein starker Druck auf ihn ausgeübt wird, sich wieder, ein drittes Mal, zu stellen. Die Demokraten haben keinen Kandidaten seines Ranges, wurde vorher gesagt. Sie sehen aber überdies einer Spaltung entgegen, die dadurch bezeichnet wird, daß Senator Richard Russell aus Georgia sich zum Kandidaten für den Parteikonvent aufstellen ließ. Hinter ihm stehen Bundespolitiker der demokratischen Partei in den Südstaaten der USA, die in vielen Fällen, z. B. dem Programm der Vergebung weitrer Bürgerrechte an die Neger in den Südstaaten, gegen den Regierungskurs Trumans, also den der eigenen Partei, gestimmt haben, die mit einem neuen Kandidaten die Erinnerung an alle Parteifäden überdecken wollen.

Ganz durchschauten läßt sich dieses Spiel hinter den Parteifäden auch für einen Amerikaner, geschweige denn für einen Europäer, nicht. Diese 16 Vorwahlen sind mehr oder weniger ein Vorspiel im Orchester, bis sich dann im Juli der Vorhang vor den Parteikonventionen hebt. Trotzdem darf ihre Bedeutung nicht unterschätzt werden, weil sich aus ihnen die ersten Hinweise auf den Stand der öffentlichen Meinung in Amerika herauslesen lassen werden. Und daß die Entscheidung, die der „Mann auf der Straße“ in Concord, Manchester oder St. Albans heute trifft, ihre Rückwirkung nicht nur auf die Präsidentschaftswahl haben wird, ergibt sich selbstverständlich aus der Weitegelung seines Landes.

Mit gewissen Einschränkungen lassen sich so sehr wohl Parallelen zwischen der Wahl am vergangenen Sonntag in unserem Raum und dieser Vorwahl in den USA ziehen. Hier wie dort Stimmabgabe an der Peripherie der Politik und des Landes, die im Zentrum scharf beobachtet und geprüft wird und sich dort auswirken wird; hier wie dort die anscheinend nicht mehr zu trennende Vermischung von „großer“ Politik und lokalen Interessen. Die Bürger dieser Welt sind eng miteinander gerückt, als es es beobachtet man ihr Verhalten zueinander, selbst wahrhaben möchte.

Generalstaatsanwalt fordert Verurteilung Remers

Bundesminister Lukaschek wurde vernommen — Die Anklagerede

Braunschweig (AP/dpa). Im Braunschweiger Remer-Prozess stellte der Generalstaatsanwalt gestern das Strafmaß für Remer in das Ermessen des Gerichts. Er forderte nur den Angeklagten wegen übler Nachrede und Verunglimpfung Verstorbener zu verurteilen.

Vorher war noch Bundesbildungsminister Dr. Lukaschek als Zeuge verhört worden. Er gehörte, wie auch der durch Hitler hingerichtete Graf Moltke, dem Kreisauer Kreis an. Er erklärte, nur die Sorge um die Zukunft des Vaterlandes und besonders der ostdeutschen Provinzen habe sie bei ihrem Handeln geleitet. Der Sohn des nach dem 20. Juli 1944 hingerichteten Kommandanten von Berlin, der 27-jährige Alexander von Haase, erlief gegen Remer die Beschuldigungen der Freiheitsberaubung, des Verbrechens gegen die Menschlichkeit und der Beihilfe zum Mord. Dieser Straftaten habe sich Remer durch die Weigerung seinen von ihm verhafteten Vater der Wehrmachtgerichtsbarkeit zu übergeben, schuldig gemacht.

In Anwesenheit zahlreicher Widerstandskämpfer bestritt der Generalstaatsanwalt in seinem über einstündigen Plädoyer auf das Entschiedenste, daß die Widerstandskämpfer Hoch- oder Landesverrat begangen hätten.

Der Staatsanwalt begründete diese Auffassung juristisch folgendermaßen: Die Voraussetzung für diese Delikte — Abzicht und Verrat, dem Deutschen Reich schwere Nachteile zuzufügen — sei nicht gegeben. Die Widerstandskämpfer des 20. Juli hätten nicht den Verrat begangen, Deutschland zu schaden, sondern hätten „mit der heiligen Absicht gehandelt, ihrem Vaterland zu dienen und es zu retten“.

Der Staatsanwalt führte weiter aus, es obliege jetzt einem demokratischen deutschen Gericht, nachdem die Hintergründe der Ereignisse des 20. Juli geklärt worden seien, die Ehre der Widerstandskämpfer vom 20. Juli 1944 wiederherzustellen.

Generalstaatsanwalt Bauer betonte, daß das Dritte Reich „eine usurpierte und nie legalisierte Macht“ gewesen sei. Es sei ein verfassungswidriger Akt gewesen, im Anschluß an den Reichstagsbrand die Mandate der KP-Reichstagsabgeordneten für ungültig zu erklären, um das Ermächtigungsgesetz mit der notwendigen Mehrheit verabschieden zu können. So sei auch die Verlängerung des im Mai 1943 abgelaufenen Ermächtigungsgesetzes durch einen Führerakt rechtswidrig gewesen.

Mittelreid war unaufrichtig

Zur Frage des Eides von der Staatsanwalt darauf hin, daß durch die Abänderung des Eidesformel die nach dem Tode Hindenburg durch Hitler erfolgte, die Besinnen und Soldaten von ihnen auf die Weimarer Verfassung geleistete Eid nicht entbunden worden seien, wie es beispielsweise in ähnlichem Falle Kaiser Wilhelm II. bei seiner Abdankung getan habe. Der Eid der Hitler gegenüber den unbedingten Gehorsam verlangt habe, sei in der deutschen Geschichte unbekannt und auch unaufrichtig gewesen. Die Widerstandskämpfer hätten aus Notwehr gehandelt und deshalb sei ihre Tat straflos.

Wenn der Chef der deutschen Wehrmacht, General Oster, die Termine der deutschen Offensiven gegen Holland, Dänemark und Norwegen tatsächlich verraten haben sollte, so habe er zweifellos aus Vaterlandsliebe gehandelt. Diese Angriffe stellten eine ungerechte Aggression dar und verletzten die von Deutschland eingegangenen internationalen Verpflichtungen. Der Prozess wird heute vormittag fortgesetzt.

Staatsstreich auf Kuba

Havanna (AP). In Kuba herrscht seit Montagmorgen Revolution. Der frühere Friseurlehrling, Präsident und Diktator Fulgencio Batista hat, auf die Armee gestützt, einen Staatsstreich unternommen. Staatspräsident Carlos Prío Socarras hat unter dem Druck der Ereignisse seinen Regierungssitz verlassen und befindet sich anscheinend auf der Flucht.



Erfahrungsaustausch zwischen Jagdfliegern. Der erfolgreichste amerikanische Jagdflieger in Korea, Major James Jabara (links), im Gespräch mit dem ehemaligen deutschen Jagdflieger Oberstleutnant a. D. Heinz Baer, der mit 236 Abschüssen zu den bekanntesten deutschen Jagdfliegern des letzten Krieges gehörte. Der Erfahrungsaustausch der beiden Flieger fand im Offiziersklub des amerikanischen Fliegerhorstes Fürstentumbruck statt, wo sich Major Jabara zur Zeit im Rahmen einer Vortragstour durch das amerikanische Besatzungsgebiet Deutschland befindet. In der Mitte der Dolmetscher. (AP)

Selbst Abgeordnete, die Pinays Investitur unterstützen, geben ihm nur eine kleine Chance, daß er die Abtötung am Dienstag überleben wird. Das Züngeln an der Waage sind diesmal jene 27 gaullistischen Abgeordneten, die am Donnerstag entgegen den Anordnungen der Parteileitung für die Investitur Pinays gestimmt hatten.

General de Gaulle schilderte am Montagmorgen in dem bis zum Besten gefüllten Foyer des großen Pariser Hotels „Palais d'Orsay“ in düsteren Farben „den unaufhaltsamen Niedergang Frankreichs“. Nur eine echte nationale Union oberhalb der Parteien vermöge nach einer gegenseitigen Entwicklung einzuleiten.

Er sei bereit, mit allen fähigen Männern, woher sie auch kämen, in Verbindung zu treten, um die Verfassungsreform in Angriff zu nehmen, die der Ausgangspunkt eines jeden Wiederaufbaus Frankreichs sein müsse. Er habe auch durch den Fraktionsführer der gaullistischen Fraktion, Jacques Soustelle, Staatspräsident Auriol erklären lassen, daß er sich für einen Kontakt zur Verfügung halte, falls sich ein echter nationaler oder internationaler Notstand ergebe.

Vorläufig wird Vizekanzler Blücher die Führung des jetzt verabschiedeten Ministeriums übernehmen, und in den politischen Kreisen wird erklärt, daß dieses Provisionarium vielleicht zu einer endgültigen Lösung werden könne.

Aber im Bundestag werden auch Namen anderer FDP-Abgeordneter für die Nachfolge des verabschiedeten Ministers genannt, welcher der FDP angehört hätte. Man weist darauf hin, daß die Abgeordneten Dr. Wirth und Dr. Preussner Fachmänner auf diesem Gebiet seien.

Bevan muß sich entscheiden

London (dpa). Der Führer der linken Flügels der Labour-Party, Aneurin Bevan, und seine Anhänger werden auf einer Sitzung der Parlamentarier der Labour-Party am heutigen Dienstag aufgefordert werden, sich dem Mehrheitsbeschluss der Fraktion in Zukunft zu unterwerfen. Es wird von ihnen eine Loyaltätsklärung verlangt, widrigenfalls sie mit einem Ausschluss aus der Labour-Party zu rechnen haben. Dieser Beschluss wurde am Montag auf einer Sitzung der Fraktionsleitung der Labour-Party gefasst. Auch die „Bevan-Rebellen“ traten am Montag zu einer Besprechung zusammen. Bevan und seinen Anhängern wird eine Bedenkzeit bis Freitagabend gegeben werden. In parlamentarischen Kreisen wird damit gerechnet, daß nicht mehr als 25 von den 57 „Rebellen“ unter Umständen die Loyaltätsklärung verweigern werden. Man ist jedoch der Auffassung, daß auch ein Ausscheiden von 25 Abgeordneten schwerwiegende Folgen für die Labour-Party nach sich ziehen würde.

„Schwarzes Wochenende“ in der Nordsee

London (AP). Die sturmgepeitete Nordsee hat während des Wochenendes wahrscheinlich 60 Todesopfer gefordert.

Zum Tage

Der Wahrheit die Ehre

Der DNG-Unterschied für Presse- und Informationsfreiheit arbeitet zur Zeit an einem Ehrenkodex für Journalisten. Diesem Ausschuss gehören die Vertreter von 12 Nationen an, unter ihnen die Vertreter der drei Westmächte und der Sowjetunion. Nach diesem Kodex sollen sich die Journalisten in aller Welt dazu verpflichten, der Wahrheit die Ehre zu geben und ihre Aufgabe mit Verantwortungsbewusstsein zu erfüllen. Gewissmaßen als Gegenmaßnahme sollen die Regierungen nicht den freien Nachrichtenaustausch verhindern dürfen, in aller Welt — die Zusammensetzung des Ausschusses verspricht, daß es entweder zu keiner Einigung über diesen Ehrenkodex kommen wird oder daß er nicht für alle Welt gleichmäßig gelten wird. Denn die Wahrheit hat ungleichmäßig ebenso viele Gesichter bekommen wie jene indische Unalokaschän-Art. Zumindest ist die Wahrheit des Westens eine andere als die Wahrheit des Ostens, und der mit den besten Vorurteilen arbeitende Journalist müßte sich auf zwei Wahrheiten einrichten, wollte er diesseitig und jenseits des Eisernen Vorhangs arbeiten. Der freie Nachrichtenaustausch — es hat sich mehr als einmal gezeigt, daß diese Freiheit da endet, wo das „Wohl des Staates“ beginnt. Und was in diese Rubrik also einzuordnen ist, das haben viele Journalisten erst unter bitteren Erfahrungen lernen müssen. Zwischen verschlossenen Türen von Amtszimmern und Gefängnis sind dabei nur Gradmesser und Gefährten. Mein, man sollte das Wort Wahrheit solange aus dem Ehrenkodex herauslassen, bis es wieder nur eine Auslegung gibt. Das allerdings ist nicht die Arbeit der Journalisten, sondern der Staatsmänner. Die Journalisten wären schon guten Willens, das Ihre zu tun. h. b.

Gewerkschaften als Brücke

In einem großen Wirtschaftsblatt fand sich dieser Tage der Satz: Man muß sich manchmal wieder daran erinnern, daß die Gewerkschaften zu dem Zweck entstanden sind, Interessensgegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auszugleichen oder — soweit das nicht möglich ist — doch wenigstens zu überbrücken. — Die alten Gewerkschaftler werden das mit einiger Verwunderung lesen. Nach ihrer ganzen Erfahrung sind die Gewerkschaften Interessenvertretungen von Arbeitnehmern gewesen gegenüber den Arbeitgebern, auch gegenüber den Arbeitgeber-Vereinigungen. So ist es auch ganz natürlich, die Gewerkschaft ist keine „Arbeitsfront“, in der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Reih und Glied nebeneinanderleben und marschieren sollten; die hatte mit Interessenvertretung nichts mehr zu tun. Auch die sowjetische Gewerkschaft ist keine Interessenvertretung der Arbeitenden mehr, sondern eine Einrichtung für die Erreichung betrieblicher und allgemeiner staatswirtschaftlicher Ziele. In dem Augenblick, da die Gewerkschaft ihre natürliche Linie, die Interessenvertretung ihrer Mitglieder, verläßt, ist sie keine Gewerkschaft mehr, sondern ein politischer oder sonstiger Verein. Was wäre die Rolle als „Brücke“ in den Interessensgegensätzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auch damit zu verbinden, daß die Gewerkschaften den einen Sozialpartner, eben die Arbeitnehmerschaft, bilden? Der Brückengestirker kann nicht zugleich auch Brückendecke sein. Es ist eigenartig, wie eine solche Begriffsverwirrung auch auf industrieller Seite hinsichtlich des Wesens der Gewerkschaft besteht. Aber sind die Gewerkschaften selber sich noch immer ganz klar über die Grundlage ihrer Existenz? Sie hätten gerade ein Interesse daran, die Verbindung der Gewerkschaftsbegriffe zu verhindern. Ein Blick in andere Länder zeigt, daß die Gewerkschaften dort am besten wirkt, wo es seine ursprüngliche und natürliche Idee und Aufgabe rein erhält. h. b.

Kriegsdienstverweigerung

Als man das Grundgesetz für die Bundesrepublik schuf und in ihm den § 4, nach dem niemand „gegen sein Gewissen“ zum Kriegsdienst gezwungen werden kann, glaubte wohl niemand, daß schon drei Jahre später die Frage des Wehrbeitrages und damit auch die der Verweigerung des Kriegsdienstes akut werden könnte. Jetzt erfahren wir, daß die Regelung dieser heiklen Frage durch Bundesgesetz unmittelbar bevorsteht. Da Deutschland keinen Krieg will, ergibt sich nach der furchtbaren Katastrophe zweier Weltkriege für jeden von selbst, Amerika kennt die Verweigerung des Wehrdienstes nur aus religiösen Gründen, an von 130 Seiten wurde im zweiten Weltkrieg nur 11 000 Einberufenen dieses Recht tatsächlich zuerkannt; es wurden in der Wirtschaft

oder im Sanitätsdienst eingesetzt. Toleranter war England, das auch die Kriegsdienstverweigerung aus allgemeinen Gewissensbedenken zuließ. 30 000 wurden freigestellt, aber auch 5000 Strafverfahren gegen Dienstverweigerer anhängig gemacht. Holland, wo das „Internationale Schiedsgericht“ sagt, erkennt den Pazifismus prinzipiell an. Es nimmt seine Anhänger vom Kriegsdienst aus. Dagegen kennt die Schweiz keinerlei Recht der Kriegsdienstverweigerung. Jeder Schweizer muß zur Waffe greifen, wenn ein Aggressor seine Freiheit bedroht. Auch in Frankreich gibt es kein Gesetz, das den Kriegsdienstverweigerer schützt. Wenn Deutschland sich heute in dieser Frage Frankreich zum Vorbild nähme, würde das von aller Welt als Symptom des wiederwachenden Militarismus gebrandmarkt werden. Der deutsche Gesetzgeber sucht daher einen Mittelweg. Er erkennt religiöse, aber auch ethische und humanitäre Motive für Kriegsdienstverweigerung an und stellt in jedem Fall den Verweigerer vor eine Kommission, die seine Haltung prüft. Ein schweres psychologisches Problem — Der Christ ist Bürger zweier Welten. Er nimmt sein irdisches Schicksal auf sein Gewissen, da die Bibel nirgends den Krieg ausdrücklich verdammt. Entsprechend handelt die Kirche, indem sie den Staat als zwar unvollkommen, aber von Gott gewollte Institution anerkennt. Den Angriffskrieg verurteilt sie. Wer sich weigert, den Kriegsdienst mit der Waffe zu tun, muß an anderer Stelle beweisen, daß er bereit ist, auch in Todesfall den Staat, in dem sein Gott oder das Schicksal hineingestellt hat, zu verteidigen, wenn seine Existenz bedroht ist. F. A.

Mit Amphibien-Volkswagen in die Freiheit

Abenteuerliche Flucht eines slowakischen Millionärs

Wien (dpa). Nach abenteuerlicher Flucht durch den Grenzfluß March erreichte ein slowakischer Millionär aus Preßburg mit seiner Frau, seinen drei Kindern und seinem Freund in einem Amphibien-Volkswagen die amerikanische Besatzungszone in Österreich. Er handelt sich um den 33jährigen Ludovik Ollarok, seine 29jährige Frau Katarina, ihre drei Kinder — den 10jährigen Ludovik, die sechsjährige Albina und den vierjährigen Stefan — und um den 31jährigen Wladislav Kistinec. Die beiden Freunde hatten sich im Dezember 1951 einen alten Volkswagen gekauft und ihn in ein Amphibien-Fahrzeug umgebaut. Für ihre Flucht wählten sie den 27. Februar, den Jahrestag der kommunistischen Machtergreifung in der Tschechoslowakei. Um die Erlaubnis zu erhalten, in die Nähe der Grenze fahren zu dürfen, hatten sie einen kommunistischen Beamten aus einem Grenzort, Stefan Hubina, in Preßburg zu einem Trinkgelde eingeladen und ihm versprochen, ihn anschließend im Wagen nach Hause zu bringen und dabei gleichzeitig einige Kaninchen für ihn und seine Familie mitzunehmen. In Devin lieferten sie dem völlig betrunkenen Hubina und die Kaninchen ab, fuhren ganz aber im dichten Schneestreiben an den Grenz-

fluß March. Als ein kommunistischer Wachposten Alarm schlug, fuhren sie mit ihrem Wagen direkt in den Fluß und suchten das österreichische Ufer zu erreichen. Sie wurden jedoch von der Strömung abgetrieben, so daß der Millionär in die eisigen Fluten sprang, um den Wagen auf das andere Ufer zu bringen. Sein Freund suchte ihn dabei mit kräftigen Ruderschlägen zu unterstützen. Nur wenige Meter vor der Mündung der March in die Donau konnten sie dann ihr Fahrzeug doch noch auf dem österreichischen Ufer an Land bringen. Um unbemerkt entkommen zu können, ließen sie den Wagen und den größten Teil des Gepäcks im Stich und flohen in das Innere des Landes. Tagelänger hätten sie sich verborgen, um nicht der österreichischen Polizei in die Hände zu fallen, die in der so weitläufig besetzten Zone Österreichs alle Flüchtlinge aus den osteuropäischen Ländern an die sowjetischen Behörden zu liefern muß. Nichts mehr schreckte sie und erreichten schließlich Wien, wo sie sich in Sicherheit gebracht wurden. Die Flüchtlinge berichteten, daß der weitaus größte Teil der tschechoslowakischen Bevölkerung dem kommunistischen Regime feindlich gesonnen sei und mit dessen Zusammenbruch rechnen.

Innenministerium klagt

Stuttgart. Das Innenministerium von Württemberg-Baden hat als Aufsichtsbehörde der Städtischen Spar- und Girokasse Stuttgart Schadensersatzklage gegen die Verantwortlichen im Kreditfall Birkle erhoben. In ihrer Eigenschaft als Mitglieder bzw. ehemaligen Mitglieder der Verwaltungsrates und des Kreditausschusses der Girokasse Stuttgart wurden Schadensersatzansprüche gegen den Oberbürgermeister Dr. Klatt von Stuttgart, den Bürgermeister Herrn, die Stadträte Alfred Krümer (DVP), Schmid (SPD) und den ehemaligen CDU-Stadtrat Wachmeier gestellt. Es wurde vorerst, da sich der Gesamtschaden noch nicht beziffern ließe, ein Teilbetrag von 400 000 DM eingeklagt.

Lebenslanglich Zuchthaus für „Lagerschreck“

München (dpa). Der „Lagerschreck“ von Dachau, der 46 Jahre alte Waffenhändler Hans Stelbrenner aus München, wurde vom Münchener Schwurgericht zu lebenslanglich Zuchthaus verurteilt. Er wurde des Mordes in zwei Fällen und der Körperverletzung im Amt in 9 Fällen für schuldig befunden.

Steinkreuzer war SS-Wachmann im Konzentrationslager Dachau. Der mitangeklagte 51 Jahre alte Hillarsarbeiter Johann Unterbacher — früher ebenfalls Wachmann im KZ Dachau — erhielt wegen sexuellen Körperverletzung im Amt und Beihilfe zur Aussageverweigerung sechs Jahre Zuchthaus. Während Steinkreuzer die

bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit aberkannt wurden, verlor Unterbacher sie auf fünf Jahre. Ihm wird ein Jahr der Untersuchungshaft angedroht.

Leitz baut in Kanada

Milano, Ontario (AP). Die Ernst-Leitz-Werke haben am Freitag den Aufbau eines neuen Kamera- und Präzisionsinstrumentenwerkes in Midland, Kanada, angekündigt. Das Tochterunternehmen soll den Firmennamen Ernst Leitz (Canada) Ltd. erhalten. Die Baukosten werden mit 200 000 Dollar (840 000 DM) veranschlagt.

15 Facharbeiter des Stammwerkes in Wetzlar werden Ende Mai in Kanada erwartet, um die Arbeit in der neuen Fabrik aufzunehmen.

Riesenschau prozeß in Prag

Wien. Ein Riesenspektakel gegen eine Gruppe ebenfalls maßgeblicher tschechoslowakischer Kommunisten mit dem abgeleiteten Generalsekretär Rudolph Slansky an der Spitze, der sich in seinem Umhang nur mit den Moskauer Prozessen des Jahres 1935 vergleichen läßt, ist in Klagen in Prag zu erwarten. Nach Angabe unterrichteter westlicher Kreise Wiens sind Slansky, Clementis und ein Dutzend weiterer „Verurteilter“ etwa vor einer Woche aus Moskau nach Prag zurückgebracht worden, nachdem man sie dort zu einem „Gesandnis“ gezwungen habe.

Das Wahlergebnis war eine Überraschung

CDU zur Übernahme der politischen Führung bereit — Stimmen des In- und Auslandes

Das Wahlergebnis vom 9. März ist in der Öffentlichkeit sehr stark beachtet worden. Zunächst interessieren die Stellungnahme der bedeutendsten Politiker des neuen Südwürttemberg.

Interessant wäre natürlich, zu erfahren, wie Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier darüber denkt. Er war eine der Persönlichkeiten, die am entscheidendsten bei der Schaffung des Südwürttemberg mitwirkte. Er hatte auf Montagmorgen eine Stellungnahme versprochen, dann aber erklärt, daß er es ablehne, einen Kommentar zu geben. Er wies aber, wie AP verlauten ließ, darauf hin, daß maßgebliche Politiker auf eine große Koalition hinarbeiteten. Das wäre also eine Regierung, gebildet aus den drei Parteien CDU, SPD und DVP. Diese große Koalition bestand bei der Schaffung des Staates Württemberg-Baden im Jahre 1948 in diesem Zusammenhang ist interessant, daß in den drei Ländern, die jetzt zu dem Südwürttemberg vereinigt werden, in Südbaden eine neue CDU-Regierung besteht, in Württemberg-Hohenzollern eine Koalition CDU-SPD und in Württemberg-Baden eine Regierung, gebildet aus DVP und SPD. Nach den Mandatsergebnissen sind die beiden zuletzt genannten Möglichkeiten auch im neuen Südwürttemberg gegeben. Da die Beschlüsse der Verfassungskommision der Landesversammlung mit einfacher Mehrheit gefaßt werden müssen, so sind dafür mindestens 81 Stimmen erforderlich.

Von der stärksten Partei des neugewählten Parlamentes, von der man nach parlamentarischen Brauch annehmen kann, daß sie mit der Führung betraut wird, liegt bis jetzt nur eine Stellungnahme von Wilhelm Spangendorfer, dem Landesvorsitzenden der CDU in Nordwürttemberg, vor. Er erklärte zum Ausgang der Wahl: „Die Wählerinnen und Wähler des Südwürttemberg haben mit ihrem Votum die CDU mit der politischen Führung im neuen Staat betraut. Wir sind bereit, diesem Auftrag zu entsprechen.“

Der Landesvorsitzende der SPD in Württemberg-Baden, Max Erwin Schönb, erklärte, es habe sich bewährt, daß die CDU der stärkste Partner sei. Er sei aber mit dem Wahlergebnis nicht unzufrieden, weil die SPD in Württemberg-Baden die größte Partei gebildet sei.

Der DVP-Landesvorsitzende von Württemberg-Baden, Dr. Wolfgang Hauffmann, erklärte: „Wir sind zu jeder Zusammenarbeit bereit, die sich im neuen Bundesland zum Nutzen Deutschlands auswirkt.“ Er erwähnte weiter, daß das Wahlergebnis die fast siebenjährige Politik Reinhold Maier bestätigt habe.

Von den Zeitungen des Südwürttemberg liegen noch keine Stellungnahmen zu dem Wahlergebnis vor. Dagegen hat die Schweizer Presse dazu bereits Stellung genommen. Die „Nationalzeitung“ in Basel schreibt: „Das Wahlergebnis vom 9. März bedeutet für alle jene, die mit einem gewissen Recht die oft bekämpften Zustände der deutschen Politik kritisch und sogar argwöhnisch betrachtet, eine Überraschung.“

„Es scheint, daß der Radikalismus links- und rechtsfaschistischer Observanz hier im Süden des Landes den Höhepunkt bereits überschritten habe und daß eine gewisse Stabilisierung eingetreten sei.“

Die „Basler Nachrichten“ schreiben, daß die Wünsche der Sozialdemokratie, diese Südwürttemberg zu einem Voranschritt für die Bundestagswahlen des Jahres 1953 werden zu lassen, nicht erfüllt worden seien.

Das vorläufige amtliche Ergebnis

Anschließend geben wir noch einmal die bis jetzt verfügbaren genauen Zahlen des Wahlergebnisses vom vergangenen Sonntag für den gesamten Südwürttemberg:

Gesamtwahlbevölkerung 4,6 Millionen Einwohner; Wahlberechtigte 4 246 270; abgestimmte Stimmen 2 819 875; Wahlbeteiligung 67,3 Prozent (Bundesferntwahl 69,9 Prozent); gültige Stimmen 2 739 848.

Es erfolgte auf die Parteien in Klammern die Stimmenzahl und die Stimmenzahl in Prozent, die Parteien damals kandidierten: CDU 962 464 = 34,8 Proc. (1 087 926 = 39,8 Proc.); SPD 704 537 = 25,1 Proc. (653 506 = 23,9 Proc.);

DVP 481 507 = 16 Proc. (482 280 = 17,4 Proc.); KPD 118 511 = 4,3 Proc. (178 911 = 6,4 Proc.); BHE 110 551 = 4,2 Proc.; Deutsche Gemeinschaft BHE 13 805 = 0,5 Proc.; SLP 45 706 = 1,7 Proc.; Zentrum 22 267 = 0,8 Proc.; Deutsche Gemeinschaft 5445 = 0,2 Proc.; Spätkandidaten 22 282 = 0,8 Proc.

Anschließend folgt nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis der Wahl für das Land Württemberg-Baden:

Stimmenergebnis 2 664 904, abgegebene Stimmen 1 743 388 (64,7%), gültige Stimmen 1 707 666 (99%), ungültige Stimmen 32 722 (2%), CDU 499 277 (29,2%), SPD 511 042 (30,2%), FDP 327 710 (19,2%), KPD 86 738 (5,1%), DG-BHE 83 902 (4,9%), BHE 113 973 (6,7%), SLP 45 706 (2,7%), Freie 15 187 (0,9%).

Die Namen der in den badischen Wahlkreisen direkt gewählten Kandidaten, soweit sie in der gestrigen Nummer noch nicht gebracht werden konnten, geben wir hiermit nach:

Müllheim-Lörrach: Bürgermeier* Willi Stumpf, Kammern (SPD); Villingen-Wolfach: Rektor Karl Bracht, Villingen (CDU); Stadt-Konstanz-Länderei Konstanz: Bürgermeister Hermann Schneider, Konstanz (CDU); Mannheim-Land I: Dr. Valentin Gas, Landrat, Schwetzingen (CDU); Wahlkreis Mosbach: Josef Krümer, Stadtpfarrer und Dechan, Mosbach (CDU).

Zu den gestern gebrachten „Wahlergebnissen in den badischen Wahlkreisen“ auf Seite 1 ist folgendes zu berichten: Der im Wahlkreis Pforzheim gewählte SPD-Abgeordnete heißt Otto Lauer, nicht wie es unrichtigweise hieß, Otto Mayer. Ferner auf Seite 1 in Absatz 4 Zeile 19 des Artikels „Wahltag bei strahlendem Sonnenschein“ Ministerpräsident statt Minister.

Die Mandate auf der Landesliste

In Württemberg-Baden erhielt die SPD 25 Mandate, davon 9 über die Landesliste. Es sind also der Kandidat von Heidelberg Oberbürgermeister a. D. Dr. Neuhaus und der Arbeitsminister August Kohn, Mannheim, gewählt. Die FDP erhielt 19 Mandate, davon 9 über die Landesliste. Demnach sind auf diese Weise der Finanzminister a. D. Dr. Edmund Kaufmann, Universitätswissenschaftler Dr. Otto Gönnerwein, Heidelberg, Ingenieur Hans Schöb von Schriesheim und der Oberbürgermeister von Pforzheim, Dr. Brandenburg, gewählt.

Die fünf Mandate der BHE in Württemberg-Baden gehen alle über die Landesliste. Dadurch kommen Bismarckstraße Dr. Karl Hartmann und Generaldirektor Adolf Semmer in das Stuttgarter Parlament. Bei den Kommunisten, die auch über die Landesliste in die Verfassungskommision entsandt sind, ist der ehemalige Mannheimer evangelische Pfarrer a. D. Dr. Erwin Eckert, jetzt in Freiburg, bekannt.

Aus der christlichen Welt

Verteidigungsbeitrag vor dem Rat der EKD

Am Donnerstag trat unter dem Vorsitz von Bischof Dr. Otto Dibelius, Berlin-Spandau, der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland zu einer zentralen Tagung zusammen. Er wird sich, wie von überrichter Seite verlautet, voraussichtlich mit der Entscheidung zur Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrages von Februar beschäftigen. In dieser Entscheidung, die von führenden kirchlichen Persönlichkeiten der Bundesrepublik, darunter zehn Landesbischofen unterschrieben wurde, wird u. a. betont, daß die Kirche beauftragt sei, das deutsche Volk vor der Mitwirkung an einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft warnen zu müssen.

Der Papst greift soziale Ungerechtigkeit

Papst Pius XII. verurteilte in seiner alljährlichen Ansprache zur Fastenzeit den untragbaren Gegensatz zwischen unermäßigem Luxus und einer oft beschämenden, herzerweichenden Armut, der in der modernen Welt herrsche. Er forderte die Mäxner der katholischen Aktion auf, eine „steinerne Front“ gegen die wachsende Verderbnis des wirtschaftlichen und sozialen Lebens“ zu errichten.

Die „Freien Konvente“

Oberkirchenrat Dr. Ehlers, der Bundestagspräsident, äußerte stärkere Bedenken gegen die sich zur Zeit bildenden „freien Konvente“. Diese Konvente würden, wie er sagte, zum größten Teil von Männern gebildet, die im Kirchenkampf nicht besonnen waren, mit der Bekennenden Kirche zusammen den klaren Kampf gegen den nationalsozialistischen Kurs in der Kirche zu führen. — Der „freie Konvent“, ein Kreis von rund 200 Pfarrern der Brandenburgischen Lan-

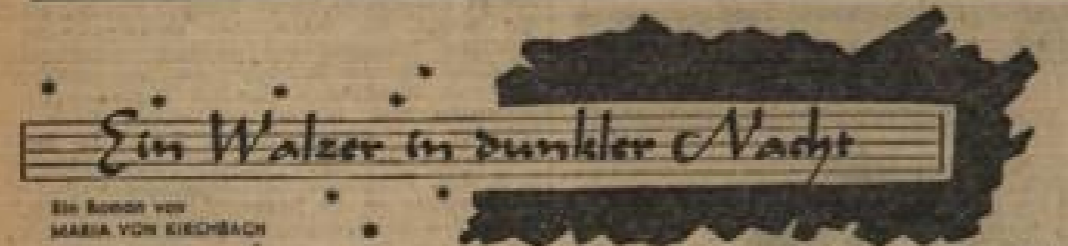
deskirche, trat erstmals in Berlin mit einer Versammlung vor die Öffentlichkeit. Er wandte sich sofort gegen die „autoritären Bestrebungen“, innerhalb der evangelischen Kirchenleitung und im Zusammenhang damit gegen die politischen Ansichten Mitgliedern. Der „freie Konvent“ besteht bereits aus in Westdeutschland eine Reihe von Anhängern, erstrebt eine geistige Erneuerung der Kirche und bekämpft jede Orthodoxie. Nach Kirchenrat Dr. Ehlers mache er den Versuch, nicht nur Niemöller abzulernen, sondern auch die Haltung der Evangelischen Kirche im Kirchenkampf des Dritten Reichs und die Bekennende Kirche.

General zum Priester gewählt

Paul Theisen, der frühere General der Artillerie und Kommandeur eines Armeekorps an der Ostfront, empfing am vergangenen Sonntag im Aachener Dom seine Weihen als katholischer Priester. Der ehemalige General ist 62 Jahre alt, hat seine nächsten Angehörigen im Krieg verloren, seine Frau und einer seiner Söhne wurden von den Sowjets bei ihrem Einmarsch im Harz umgebracht. Bischof von der Weide erklärte bei der Festansprache, die Güte des Herrn sei so groß, daß er sich noch in letzter Stunde einen kommunistischen General in seinen Dienst berufe.

Abessinischer Kirchenpräsident besucht Deutschland

Pastor Daffa, der Leiter der Evangelisch-ethiopischen Kirche, wird von Mitte Juni bis Ende Juli Niederdeutschland besuchen. Er nimmt an der Tagung des Lutherischen Weltbundes in Hannover teil. Er ist der erste Bewoher des Galla-Landes, der von Hermannsburger Missionaren bekehrt wurde.



Ein Walzer in dunkler Nacht
Sie komponiert von MARIA VON KIRCHBACH
Bl. Fortsetzung
Copyright by Prometheus-Verlag Gröbenfeld

hauch verschwand von Firmpant und Band. Sie überlegte sich mit einer Blässe, die von Gelb zu fahlen Amethyst abblindegte, zuerst fast weiß wurde, ehe sie sich in dumpfe Stille verwandelte. Dann durchstach das Aufblitzen des Abendsterns den Himmel wie eine Lanze, und Dunkelheit senkte sich.

Der Klang einer Tube rief zum Essen. Stasio begleitete seine Gäste in die Offiziersmesse. Der Hauptmann, ein hagerer Mensch, dem das Leben in der Wüste seinen Spiegel aufgedrückt hatte, bewillkommnete die Gäste mit lakonischer Formlichkeit. Das Mahl war spartanisch. Aber der Wein war gut. Stasio und ein junger Leutnant, der, wie Stasio verächtlich vor Helmen verging, erzählten hässliche Geschichten über ihre Wüstenerlebnisse. Der Hauptmann hörte zu und sog an seiner kurzen Pfeife. Mitunter stierte er die Redenden an, gab ihnen Stichworte, ließte ein bellendes Lachen, und sein mageres Gesicht bedeckte sich mit tausend Falten. Er lebte dieses Leben hier, erklärte er. Er stammte aus Pinaro. Als Elma fragte, ob er nicht das Meer vermisste, sagte er: „Das Meer habe ich nie vertragen können. Wenn man mich als Junge auf ein Boot setzte, wurde ich schon krank. Ich dachte, ich könne die Schande nicht überleben.“

Der junge Leutnant erzählte, daß er Kömer sei. Seine große Leidenschaft seien die schönen Mädchen in seiner Heimat. „Nun, Kleiner, die laufen dir nicht davon“, tröstete ihn der Hauptmann.

„Mittlerweile bin ich ein Mummelgeist“, seufzte der Leutnant. „Wenn ich in die Konzerte denke, die ich besucht habe, das Gedränge vor der Oper, das Parfum der Frauen, den Geruch von Benzin, müssen Sie wissen“, sagte er zu Elma und riß seine Augen weit auf, als wolle er sie mit den Blicken veräppeln. Alle lachten schallend.

„Das römische Benzin ist sein Tick“, sagte Stasio. „Unser tripolitanisches gefällt seiner keinen Nase nicht.“

„Ich habe ein Grammophon hier. Soll ich es holen?“, sagte der Leutnant. In seinen Augen war eine fehenliche Frage.

„Habe den Wimmerkasten immerhin, Piccolino“, sagte der Hauptmann.

„Vielleicht können wir tanzen?“ schrie der Leutnant und stürzte aus dem Zimmer. Man hörte ein ununterbrochenes Poltern, dann war er wieder da, das Grammophon im Arm. „Die Platten sind leider alt“, sagte er atemlos. „Macht es Ihnen etwas, wenn wir zu einem Tango aus dem vorigen Jahr tanzen müssen?“

„Aber ich tanze nicht“, sagte Elma.

„Nur mit Ihrem Mann“, bestätigte Stasio.

„Mit mir werden Sie tanzen, nicht wahr? Nur ein einziges Mal!“

„Also ja, wenn es Ihnen solche Freude macht.“

„Es macht ihn toll vor Freude. Manchmal tanzt er mit mir und bildet sich ein, ich sei eine schöne Hörsörnerin“, so ihn Stasio auf.

„Ach, da“, sagte der Leutnant verächtlich. „Stelle lieber die Platte ein!“ Als die Musik begann, nahm er Elma in den Arm. Er hielt sie zart, als sei sie eine gläserne Kostbarkeit. Sein

höheres, glattes Buben Gesicht war ernst, als begehe er eine heilige Handlung.

„Noch einmal so jung sein“, sagte Stasio zu Claudio. Die Musik hörte schmerzhaft auf.

„Noch einen“, hat der Leutnant.

„Und nun noch einen“, bestellte er.

Elma tanzte mit ihm eine ganze Weile. Claudio sah bald ihr lächelndes Gesicht mit den glänzenden, etwas schrägen Augen und dem betörend geschnittenen Mund, bald die Augen des Leutnants, der in die ihren blickte. Claudio war es, als hätte er die Stimme seiner Mutter.

„Offenbar ist sie eine Ciccio“, die die Mäxner behext.“ Er mußte wieder an Almay denken. Sie waren jahrelang zusammen gereist. Heute nicht auch Almay diese Anziehungskraft gespürt, die Elma ausstrahlte. Er seufzte sich den dunklen Menschen vor mit seinen schweren Augen. Ach sagte er sich, nur nicht wieder anfangen!

„So“, sagte Elma. „Jetzt kann ich nicht mehr.“ Sie löste sich aus seinen Armen und sah zu Claudio hinüber. „Wenn man uns freundlichster unser Lager zeigen wollte?“

Der Leutnant küßte lange ihre Hand. „Sie haben mich ganz glücklich gemacht“, beteuerte er. Seine Kameraden lachten geistlos. „Dafür werde ich Ihnen eine besondere Freude machen. Wenigstens glaube ich, daß es Ihnen Freude machen wird. Eine Sie schlafen sehen, werden Sie doch die Wüste im Mondlicht anschauen, oben auf dem Turm.“

„Aber das sehen die Herrschaften genau so gut von ihrem Fenster“, erklärte Stasio, der wollte, was kommen sollte.

„Aber nein, vom Turm ist es viel schöner, nicht wahr. Sie gehen doch hinauf, Signora?“

„Warum nicht? Wenn der Blick von dort noch schöner ist“, sagte Elma, belustigt.

Von der Höhe des Wachturms bot sich ihnen der Anblick der Wüste unter dem vollen Monde. Sie gleich einem unendlichen silbernen

Teppich, über den eine riesige silberne Kugel heransollt. Bitterhoch überlag sie ein gewaltiger Wind, als gielte auf lautlosen Flügeln ein ungeheurer Vogel heran.

„Ich kann alle verstehen, von denen Stasio erzählte“, sagte Elma. „Wenn ich selbst hier lebte, würde ich ein anderer Mensch werden.“

Der Leutnant und seine Begeisterung waren verblasst. Plötzlich sang eine dunkle Stimme, und zugleich war die ganze Welt erfüllt von ihrer Klage. Elma fuhr auf und verlor ihr Gesicht. Claudio stürzte an die Balustrade. Was bei dem jungen Menschen ein, gerade die „Valma trite“ zu spielen unter allen möglichen Platten der Welt.“ Stellen Sie doch das verdammte Ding ab!“ schrie er so dem Leutnant hinüber. Er hörte ihn nicht, er wollte ihn nicht hören. Vielleicht dachte er, Claudio sei eifersüchtig auf die Art, wie er mit Frau Vella Zwiegespräche hielt.

Sie war fast ruhig geworden und hörte die Platte bis zu Ende an. Heute sie etwas Neues erlebt, daß sie dessen fähig war? Gehen wir jetzt schlafen“, sagte sie.

Der Leutnant empfing sie am Fuße der Treppe. „Köstlich, nicht wahr?“ sagte er zu Elma und warf Claudio einen vermessenen Blick zu. „Man wird nie satt, diese Violine zu hören. Eine wunderbare Frau, Signora. Einmal habe ich ein Konzert von ihr besucht in Rom.“

„Wie sieht sie denn aus?“ fragte Claudio.

Der Leutnant lachte. „Kann ich leider nicht sagen. Ich hatte einen Säulenwurm, wenig Geld, wissen Sie, aber man sagt, sie sei sehr schön. Wie könnte es auch bei diesem Spiel anders sein?“

Stasio trat hinzu: „Kleine Kinder sollen nichts nicht schwärmen.“ (Fortsetzung folgt.)

